

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Nach-
zahlungen 1,50 M., in den Ausgabestellen 1,75 M., beim
Bestellung 1,50 M., mit Postgebühren 1,92 M.
Die ständige Redaktion wird mit 16 Uhr. geschlossen.
— Die Expedition ist an Wochentagen von früh
7 bis 12 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von früh 9 Uhr
geöffnet. — Preis für den Abnehmer 10 Pf.
von 6/10 — 7 M.

Inseratsgebühren: Für die 6 gespaltene Corpu-
sette oder deren Raum 20 Pf., für Zeilen in
Merseburg und Umgebung 10 Pf. Für periodische
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.
Kompletter Satz wird einschließlich Abdruck.
Notizen und Reclamen außerhalb des Inzeratenspreises
40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureau nehmen
Inzerate entgegen. Beilagen nach Vereinbarung.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Einfaches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Gründungsbeilage: „Illustriertes Sonntagblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 53.

Sonntag, den 4. März 1906.

146. Jahrgang.

Wir machen auf das hier bestehende Dienst-
boten-Kranken-Abonnement aufmerksam. Der
Abonnementspreis beträgt pro Jahr 3 M.
Abonnements auf das Jahr vom 1. April
1906 bis ult. März 1907 erfragen wir im
Kommunalbureau bei dem Stadtschreiber Herrn
Schulz unter gleichzeitiger Zahlung des Abon-
nementspreises anzunehmen.

§ 4 des Regulativs für das Dienstboten-
Kranken-Abonnement lautet: Wer im Laufe
des Abonnementjahres — vom 1/4 — 31/3
— dem Abonnement beiträgt, (in welchem
Falle gleichwohl das volle Jahresabonnement
zu zahlen ist) erlangt das Anrecht auf freie
Kur und Verpflegung seiner Dienstboten erst
nach Ablauf von 14 Tagen nach dem Tage
des Beitritts. (471)

Merseburg, den 2. März 1906.

Der Magistrat.

Auf Erlauchen des Kuratoriums der Gültiger-
Heilkräfte in Merseburg machen wir bekannt, daß
die Kurperioden der Kinder-Heilkräfte in
Merseburg für 1906 folgende sind: 1.—28. Mai,
1.—28. Juni, 2.—29. Juli, 1.—28. August,
1.—28. September.

Merseburg, den 2. März 1906.

Der Magistrat. (472)

Bekanntmachung.

Wegen Vornahme von Pflichtenarbeiten wird
die Friedhofstraße hierseits vom 5. März 1906
ab bis auf Weiteres für den Fuhrverkehr
gesperrt. (458)

Merseburg, den 1. März 1906.

Die Polizei-Verwaltung.

Der Dank des Kaiserpaars.

* Berlin, 2. März. Der „Reichsanzeiger“
veröffentlicht nachstehenden Erlass des Kaiser-
paars: Die Feste unserer sibirischen Hodgezeit
hat im deutschen Volke eine so herzliche und
begeisterte Teilnahme gefunden, daß der
Freudtag unseres Hauses zu einem nationa-
len Festtag geworden ist. Wohl imigen
Dankes für das uns in den verflochtenen 25
Jahren zuteil gewordene reiche Familienleben
dürfen wir zu dem Throne des Allmächtigen in
Demut aufzusehen und unsere Gebete und
Gedanken in das Bewusstsein ausstrahlen
lassen: Bis hierher hat der Herr gesendet!
Wir empfanden es als besondere Gnade
Gottes, daß es uns am Tage unseres Ehe-
jubiläums vergönnt war, wiederum einen
Sohn an den Thronaler zu geleiten und
unserem Familienkreise eine liebe Tochter zu-
zuführen. Wenn aber etwas geeignet war,
unser Festesfreude noch zu erhöhen, so waren
es die überaus zahlreich und mannigfachen
Beweise liebevoller Anhänglichkeit, die uns
aus allen Kreisen des engeren und weiteren
Vaterlandes in Form von Adressen, Zuschriften,
Telegrammen, Widmungen und
Spendungen zugehingen. Auch die Deutschen
im Auslande ließen es sich nicht nehmen,
mit der Heimat darin zu wetteifern,
unseren Ehrenstag festlich zu begehen
und uns durch freundliche Glückwünsche zu
erheben. Millionen von treuen Menschen,
alten und jungen, in Palast und Hütte, in
Stadt und Land, gedachten unserer in diesen
Tagen mit herzlichsten Wünschen und süßesten
und verpflichtet uns zu innigstem Danke.
Aber damit nicht genug. In wahrhaft über-
herrlicher und unsere Erwartungen weit über-
treffender Weise sind aus diesem Anlaß von
den Provinzen, Kreisen, Gemeinden, Vereinen
und Korporationen, wie von begüterten Privat-
personen vollständige geminnliche Sitzungen

errichtet worden, wodurch unser Festtag auch
zu einem Segenstag für die von Not und
Krankheit bedrückten Landesfinder geworden
ist. Gott der Herr lasse alle diese Werke
barmherziger Nächstenliebe wohlgefallen zu
Ruh und Frommen der Menschheit und als
Wahrzeichen des innigen festen Bandes,
welches das deutsche Volk und sein Kaiserhaus
umschlingt. Mögen alle, welche uns in so
erhebender Weise beglücken und durch treues
Gedenken erfreuten, unseres wärmsten, herz-
lichsten Dankes versichert sein, den jedem ein-
zelnen zum Ausdruck zu bringen leider nicht
möglich ist.

Reichstag.

* Berlin, 2. März.

Der Reichstag genehmigte heute zunächst
den Gesetzentwurf, betreffend die Ueberleitung
von Hypotheken des früheren Rechts in
erster Beratung. — Beim Etat der Reichs-
justizverwaltung wendet sich zunächst
Abg. Roeren (Str.) gegen die Beibehaltung,
die der sozialdemokratische Abgeordnete Heine
gegen den deutschen Nichterstand erhoben hat.
In einer dreißigjährigen Richterätigkeit ist
dem Abgeordneten Roeren nicht ein einziger
derartiger Fall vorgekommen, wie ihn Abg.
Heine als typisch für die deutsche Rechts-
pflege hinzustellen vertritt. Ebenso lautet
das Urteil des Abg. Roeren über den „Cim-
plicissimus“ dem Urteil des sozialdemokratischen
Redners gerade entgegengesetzt, und er ver-
tritt damit die Forderung, daß die bestehenden
Gesetze gegen die Ineffektivität härter ange-
wandt werden müßten. Abg. Dr. Wallau
(nil.), der gleichfalls schärfere Anwendung
des § 184 fordert, stellt fest, daß die Aus-
führungen des Abg. Heine über die ange-
blich in Deutschland herrschende Klaffenjustiz
bei jedem anständig denkenden Menschen die
lebhafte Entrüstung hervorgerufen haben.
(Sehr richtig!) Auf eine Anfrage desjenigen
Abgeordneten erwidert Geh.-Mat. Nieber-
ding, daß die Frage der Bildung von
Jugendgerichten bereits seit längerer Zeit
im Reichsjustizamt sorgfältigster Prüfung
unterliegt. Abg. B. Keller (Ant.) sucht
unter Berufung auf den Prozeß Krösel
nachzuweisen, daß vielfach reiche Juden seitens
der Gerichtsbehörden viel rücksichtsvoller be-
handelt würden als arme Volksvertreter, die
auf antikemistischem Standpunkt stehen, und
beschäftigt sich sodann eingehend mit den
Zuständen in der Strafanstalt Wismar, die
nach seiner Meinung dringend besserungs-
bedürftig sind. Dem Abg. Heine treten auch
die Vertreter der liberalen Parteien nach-
drücklich entgegen: es sei unerhörte, in solcher
Weise den deutschen Nichterstand mit Schmutz
zu bewerfen. Gleichzeitig bekräftigen sie den
Antrag Wallau auf Ueberweisung der Pro-
zesse an die Schwurgerichte, wie es in
Schweden bereits eingeführt ist. Abg.
Lenzmann (streif. Wp.) verteidigt jedoch
die Beschlußfasser der Strafrechtsreform-Kommission,
der er selbst als Mitglied angehört hat; bei
allem Respekt vor den Professoren Biez und
Stahl möge er doch auf Grund seiner mehr
als dreißigjährigen Praxis für die Befestigung
des Schwurgerichts eintreten. Unter Zustimmung
des Staatssekretärs stellt Redner fest, daß
die Verhandlungen der Kommission auch für
die verbliebenen Regierungen aufklärend ge-
wirkt haben. — Nach einer sehr eingehenden
Begründung einer Beschlusse, die Abg. Krö-
sel (Antik.) im Interesse einer Genossenschaft
seines Wahlkreises zu erheben hat, wird die
weitere Beratung auf Sonnabend verlag.

Marokko.

* Merseburg, 3. März.

Die Verhandlungen in Algéciras rücken
nicht von der Stelle. In der Vent- und in
der Polzeifrage bestehen zwischen Deutschland
und Frankreich grundsätzliche Meinungs-
verschiedenheiten, die sich noch nicht beheben lassen.
Wenn man die ausländischen Zeitungen liest,
die französischen, englischen und spanischen,
so möchte man glauben, Deutschland befände
sich im größten Unrecht und setze alles daran,
dieses Unrecht hartnäckig zu verteidigen. Von
Wien aus wird sogar das Inkrafttreten der
franco-russischen Allianz signalisiert. Wer
inspiriert alle diese Prophezeiungen? Jeden-
falls französische Diplomaten. Unschmei-
beln befürchten die Franzosen, ein Scheitern der
Konferenz könnte für sie eine Blamage be-
deuten, und das suchen sie zu hinterziehen.
Es soll durchaus nicht gesagt sein, als ob
die Lage frei von aller Gefahr wäre, aber so,
wie es die ausländische Presse darstellt, ist die
Lage einfallen noch nicht. Deutschland soll
daran gemacht werden.

Wir verzeichnen nachstehende Meldungen:
* Berlin, 2. März. Aus Madrid,
2. März, erhält das „Berl. Tagbl.“ folgendes
Telegramm: Die Meldungen der hiesigen
Blätter aus Algéciras reflektieren den schwe-
rsten Pessimismus. Die gestrigen beiden
Sitzungen der Berichterstattung verliefen resul-
tatslos, insofern viele von der Unfruchtbarkeit
der Bemühungen überzeugt sind und den Ab-
bruch der Verhandlungen für nahe bevor-
stehend halten. Die dortigen spanischen, völlig
unter französischem Einfluß stehenden Be-
richterstatter glauben, Deutschland die Schuld
beizumessen zu können, während lediglich die
Intransigenz der französischen Delegierten
die ihren Anspruch auf Sonderrechte nicht
aufgeben wollen, die Verhandlungen nicht
vorwärts kommen läßt, wobei die spanischen
Vertreter Frankreich jetzt offen zu unterstützen
scheinen, was die Existenz eines Geheimpaktes
glaubhaft macht. Pariser und Londoner
Agenturen überhören die Presse fortge-
setzt mit antideutschen Nachrichten.

* Wien, 2. März. Dem „Leipz. Tagbl.“
wird gemeldet: Es verlautet hier aus einer
Quelle, die gut unterrichtet zu sein pflegt,
daß das russische Kabinett den russischen
Geschäftssträger in Berlin beauftragt habe,
die deutsche Regierung auf die möglichen
Konsequenzen eines schlechten Verlaufes der
Konferenz in Algéciras aufmerksam zu machen.
Hiesige diplomatische Kreise sind der An-
schauung, daß ein Konflikt zwischen Deutsch-
land und Frankreich Russland zur Erfüllung
der franco-russischen Allianz nötigen
würde.

* Paris, 2. März. Der Wunsch des
Sultans von Marokko nach Errichtung einer
marokkanischen Zentralfeste in Larache für
die künftige europäische Hafenpolizei
wird in diplomatischen Kreisen immer noch
ernstlich erwoogen, ebenso der Vorschlag, die
mehr bürokratischen Verwaltungsaufgaben
der künftigen Polizei von den zweifellos sehr
umfangreichen Gendarmereifunktionen des inter-
nationalen Korps zu trennen. Würde dem
Sultan das Zugeständnis gemacht, daß der
Zentralinspektor oder Präfet von Larache ein
Marokkaner wäre, so würde, glaubt man hier,
die internationale Zusammenfassung seines
Bureaus kaum auf erhebliche Schwierigkeiten
stoßen und das Bindigkeitsverhältnis dem
diplomatischen Korps in Tanger und der
französisch-spanischen Hafenpolizei wäre ge-

funen. Von maßgebender französischer Seite
legt indessen noch keine Klärung über dieses
mehreren neutralen Mächten sehr passend er-
scheinende Arrangement vor.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

* Berlin, 2. März. (Sohnnachrichten.)
Se. Maj. der Kaiser besuchte heute vor-
mittag den Reichstag und hörte später
Vorträge. Für morgen ist ein Besuch des
Monarchen bei den Offizieren der Landwehr-
inspektion Berlin angekündigt.

* Köln, 2. März. Der „Köln. Jtg.“
wird aus Berlin geschrieben: Die Nachricht
des „Reuterischen Bureaus“ von einer im
nahen Zeitpunkt zu erwartenden Begegnung
Kaiser Wilhelms mit König Eduard
bedarf ebenfalls noch der Bestätigung. Bisher
ist über die Reise des Kaisers nur soviel be-
kannt, daß derselbe in der zweiten Hälfte des
April wahrscheinlich dem Könige von Spanien
einen Gegenbesuch macht. Nach den bis-
herigen Meldungen über die Reise König
Eduards nach Biarritz erscheint eine baldige
Begegnung der Monarchen, insbesondere auf
offener See oder in einem Hafen, kaum
wahrscheinlich.

* Wien in Hoffen, 2. März. Hier fanden
schwere Streikaktionen statt; die
Bewohner haben bereits ihre Opfer gefordert.
Der am Streik beteiligte Kaisererbe, der
den Streik in die Länge zieht, ist ge-
storben. Bis jetzt sind 15 Verhaftungen vor-
genommen. Gegen die Verhafteten wird
die Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben.

Sokales.

Merseburg, 3. März.

* Ueber den Armenpflegeverein der
Altenburg bringen wir einen uns zugelen-
den Bericht, für den wir ein allgemeineres
Interesse voraussetzen dürfen. Im letzten
Geschäftsjahr haben sich die Beträge, wie der
Vorstand mit freudigem Dank an die Mit-
glieder feststellen darf, um M. 178,25 gehoben,
so daß folgende Aufwendungen möglich waren:
1. an Geldunterstützungen M. 208,00, 2. für An-
lauf von Kartoffeln M. 70,00, 3. für Anlauf
von Torf M. 204,14 4. für Anlauf von Milch
M. 42,00. Vielleicht erscheint manchen diese
Summe hoch zu hoch, und gewiß ist sie des
Dankes wert. Aber wer sich ausrechnet, wie
viel davon auf den einzelnen Armen kommt,
wenn man auch nur an die ungefähre 50 be-
dürftigen Witwen der mehr als 5 000 Seelen
umfassenden Gemeinde denkt, der wird es doch
nicht für unanständig halten dürfen,
daß wir diese Spende von unsern Ge-
meindeangehörigen erbitten. Im Gegenteil,
jeder Menschenfreund mag sich doch freuen,
daß es noch weitergehende Willkürigkeit gibt.
Wir dürfen z. B. auf unsern Verein „Frauenhilf-
gen“ hinweisen, der nichts sein will, als ein
Organ der Kirchengemeinde zur Ausübung
persönlicher Barmherzigkeit. Bekanntlich
erfolgt die unter dem Protektorat unserer Kai-
serin stehende „Frauenhilfe“ als Zweig des
„Evang.-kirchl. Hilfsvereins“ schon weithin
durch unser Vaterland eine recht geeignete
Tätigkeit, in der sie nicht nur durch äußerliche
Hilfe, sondern durch geistlich-sittliche Ein-
wirkung dem Aufbau des evangelischen Ge-
meindelebens dienen will. Bisher hat sich
der Verein „Frauenhilfgen“ bei uns namentlich
hilfsbedürftiger Geschworenen angenommen,
indessen auch bei anderen Vorfinden Bestand
gewährt, z. B. durch Darbietung von Näh-

arbeit für unbemittelte Frauen. Durch all solche organisierte Hilfsleistung soll nicht etwa die private, freie Willkür abgelöst werden. Im Gegenteil, es ist anzuführen, daß sich immer zahlreicher die Gemeindeglieder zu persönlicher Barmherzigkeitsübung an innerlich und äußerlich Glenden gewinnen lassen. Nur ist es wünschenswert, daß sie sich in Fühlung erhalten mit der geordneten Armenpflege, damit nicht durch planloses Geben der Bettel gezwungen werde. Die Gemeinde ist in 10 Bezirke geteilt, in deren jedem ein Vorsteher und eine, bzw. auch 2 Helferinnen die vorhandenen Notstände prüfen, um je nach Befund Hand in Hand mit dem Vorstände Abhilfe zu schaffen, soweit diese nicht von der öffentlichen Armenpflege geleistet wird. Letztere ist bekanntlich nur verpflichtet, das allerniedrigste an Lebensunterhalt zu gewähren. Aber wollen wir jene bedürftigen Witwen, die z. T. nichts haben als ihre kleine Altersrente, nur auf die öffentliche Armenpflege angewiesen sein lassen? Und Leute, die sich einigermaßen um Wohl und Weh ihrer Gemeindegensossen bestimmen wissen, auch, daß trotz unserer so dankenswerten Verschönerungs-Gesellschaft in gar mancher kinderreichen Familie durch Krankheit und sonstiges Unglück leicht schwere und langwierige Notstände sich einstellen können. Und nur, weil manche Menschen leider kein Herz haben für solche Not — sie sehen sie ja nicht und wollen sie nicht sehen! — darum muß die private Armenpflege immer wieder gegen hartherziges Uebelwollen in Schutz genommen werden, und weder durch den oft gerenteten Landrat noch durch den sozialen Parteihaber darf sich die Gemeinde an den Grundrissen christlicher Nächstenliebe irren machen lassen, durch die sie sich eben von den Heiden unterscheiden soll. Daß im großen und ganzen für diese Grundröße doch noch Verständnis vorhanden ist, das zeigt die große Zahl unserer Freunde, denen unser Dank gilt. Möge es gelingen, auch die bisher Teilnahmslosen für das edle Werk zu gewinnen, dem der Verein dienen will. Das Stück Geld, um das wir für unsere Armen bitten, wiegt im Vergleich zu anderen Ausgaben, die man sich „ohne Not“ auferlegt, nicht schwer für den, der es mit frohlichem Herzen darreicht.

*** Eisenbahn Leuzsch-Merseburg-Mücheln-Sangerhausen und Land-Feuer-Sozialtät.** In der gestrigen Sitzung des Bundes der Landwirte wurde, nachdem der Landtags-Abgeordnete Herr v. Helldorff-Zingst gesprochen, aus der Mitte der Versammlung an ihn die Frage gerichtet, ob er Näheres über den Bahnbau wisse, worauf der Gefragte antwortete: Die Fortsetzung der Bahn von Mücheln nach Westen werde, soweit er gehört, dem Landtage in einer besonderen Vorlage zugehen, und zwar voraussichtlich am Ende der laufenden Session. Ganz bestimmt könne er es nicht behaupten, aber seine Information rühre von einwandfreier Seite her. Offiziell sei bisher den Landtagsabgeordneten nichts bekannt geworden. Nach dem er gehört scheine man die feste Absicht zu haben, die Linie Leuzsch-Merseburg zu bauen und sie von Mücheln aus westlich fortzusetzen, er glaube, daß das Projekt verwirklicht werde. Das Projekt, den Riechert Tunnel durch eine Sondertrasse zu umgehen, sei fallen gelassen worden. Sobald er etwas Sicheres in Erfahrung bringe, werde er dem „Merseburger Kreisblatt“ eine entsprechende Notiz zugehen lassen. — Der Provinzial-Vorlesende, Herr Rittergutsbesitzer Schirmer-Meichaus, kam in seinen Ausführungen auf die bedeutliche Erschöpfung zu sprechen, daß die kleineren Städte und das platte Land sich immer mehr entvölkerten, während die Großstädte immer mehr wüchsen. Soweit es möglich sei, möchte man das doch verhindern, er sehe gar keinen Grund ein, weshalb man die Land-Feuer-Sozialtät und etwaige andere Behörden von Merseburg fortbringen wolle in die Großstadt. Die Behörden erfreuten sich in Merseburg des besten Wohlstandes und man möge sie daher der Stadt belassen.

Versammlung des Bundes der Landwirte.

* Merseburg, 3. März. Gestern nachmittag um 4 Uhr fand im „Tivol“ eine vom Bunde der Landwirte einberufene, gut besuchte Versammlung statt, welche in temporärer Behinderung des Kreis-Vorstehenden, Herrn v. Helldorff-Zingst, von Herrn Schirmer-Meichaus eröffnet wurde. Derselbe gab seiner Freude Ausdruck, daß er nach Verlauf mehrerer Jahre wieder einmal einer Bundes-Versammlung in Merseburg beiwohnen könne und führte aus, daß der Bund sich mit den großen Versammlungen,

wie sie in Halle und Magdeburg stattgefunden, nicht begnügen dürfe, vielmehr müsse er durch Wander-Rebner in kleineren Kreisen für seine Ziele werben lassen. Erfolgreich sei es ihm auch, daß der Wahlkreis Merseburg einen Mann in den Reichstag gefandt, der so gut für den Bund passe, und es bleibe zu wünschen, daß auch in anderen Wahlkreisen der Bund den Ausschlag bei der Wahl geben könne. Wenn es für Deutschland Krieg gäbe, so habe jeder seine Ordre schon in der Tasche, und so müsse es seitens des Bundes für die Reichstags- und Landtags-Wahlen angestrebt werden, jeder Wähler müsse rechtzeitig vorbereitet sein. Der Bund der Landwirte sei nicht einseitig agrarisch, wie ihn von generischer Seite vielfach vorgehalten würde, wüßte vielmehr, daß er mit dem Handwerker Hand in Hand gehe und daß auch die Industrie sich mit ihm freundlich stelle. Der Bund sei genötigt, für den Mittelstand die Kassen aus dem Feuer zu holen. Was der Bund im Laufe der Jahre erreicht, zeige der soeben in Kraft getretene Zolltarif und die kürzlich gehaltene Rede des Herrn Reichsfanzlers mit Bezug auf die Landwirtschaft. An richtiger Beurteilung der Ziele des Bundes habe es lange gefehlt, an äußerlichen Auszeichnungen für sein: Männer fehle es gänzlich, aber danach trachteten diese auch gar nicht, die größte Auszeichnung für sie müsse sein, im Interesse der Ziele des Bundes zu wirken. Seine Mitglieder seien königstreu bis auf die Knochen, er bringe ein dreifaches Hoch auf Seine Majestät aus. (Die Versammelten stimmen lebhaft ein.)

Herr Hochheim-Schaffstätt übernimmt zeitweilig den Vorsitz. Zunächst werden Wahlen erledigt. Zum Kreisvorsitzenden wird gewählt Herr v. Helldorff, zum Stellvertreter Herr Eißfeldt-Röschau, zum Bezirksvorsitzenden Herr Schurig-Wigandsdorf, zum Stellvertreter Herr Hochheim-Schaffstätt.

Nunmehr ergriff das Wort Herr Redakteur Schirmer-Stuttgart zu seinem Vortrage: „Wirtschaftliche Rücksicht und Ausblick.“ Derselbe leitete damit ein, daß gestern ein wichtiger Tag für das wirtschaftliche Leben des Deutschen Reiches gewesen sei, die Handelsverträge mit acht Staaten seien in Kraft getreten; wenn dieselben auch nicht so ausgefallen seien, wie der Bund der Landwirte sie gewünscht, so bedeuteten sie doch eine wesentliche Verbesserung gegen früher. Demen, die immer nur von einer Bevorzugung der Landwirtschaft und von einer Vernachlässigung der Industrie redeten, wolle er gleich entgegen halten, daß von den 900 Positionen des Zolltarifs sich 700 mit der Industrie und nur 200 mit der Landwirtschaft beschäftigten. Der Herr Redner geht zurück bis auf die Gründung des Deutschen Reichs, führt aus, wie F. J. Professor Reuleaux von der Ausstellung in Philadelphia bezüglich der Produkte der deutschen Industrie herab gerichtet: Billig und schlecht, und wie erst jetzt die deutsche Industrie in andere Bahnen eingelenkt sei und es zu einer Blüte gebracht habe, die sie früher niemals gekannt. Von Staatswegen sei die Schutzzoll-Volltät inaugurirt worden, die es ermöglichte, daß die Industrie sich in dieser Art entwickelte und außerdem habe der Staat Subventionen, wie Realschulen, Technika u. s. w. Anstalten, die vornehmlich dem industriellen Beruf zugute kämen, in einem Maße subventionirt, daß die Industrie alle Vorteile auf ihre Seite brachte. Was sei gegenüber der Landwirtschaft geschehen? Wenig. Die landwirtschaftliche Bevölkerung sei diejenige, welche immer noch vaterlandsliebend und geblieben sei, erst wenn sie Fabrik sich auf dem Dorfe ansiedle, gäbe es bei der Reichstagswahl sozialdemokratische Stimmen. In einer Zeit, in der sich die Angehörigen ein und desselben Berufsstandes liberal zusammänterten, um ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten, wollten die Landwirte allein nicht zurück bleiben, sie wollten sich ebenso gut organisieren, wie jeder andere Berufsstand. Bei diesen finde man es auch ganz natürlich, nur bei den Landwirten nicht, und weshalb? Die Landwirte in Deutschland repräsentierten eine Macht von 18 Millionen, und wenn die organisierten Arbeiter Bataillone stellen könnten, so könnten die Landwirte Regimenter stellen. Allerdings müßten sie sich organisieren, dazu sei das geeignete Organ der Bund der Landwirte, und Welcher habe ihm (dem Redner), als sie eines Tages die Reichstags-Treppe zusammen hinab gingen, gesagt: „Die große Schmach der Zukunft wird geschlagen werden zwischen dem Bund der Landwirte und der Sozialdemokratie, aber dabei sind Sie im Vorteil, denn Ihr Anhang ist landangehessen und hat etwas zu verlieren.“ Das sei zu-

treffend. Weil man eine organisierte Macht von 18 Millionen Landwirten fürchte, deshalb der Haß und die Bekämpfung des Bundes, vorwiegend von Seiten der Sozialdemokratie. Die wirtschaftliche Lage vieler Landwirte, besonders der Kleinbauern, sei eine sehr bedrängte, aus dem Kapital, das im Bestium stehe, wirtschaftete man trotz allen Zieles und aller Sparsamkeit jährlich 1, 2 oder 3 Prozent heraus. Die Zeiten, als der bekannte Nationalökonom List es noch als undenkbar bezeichnete, Getreide und Vieh aus Amerika oder Australien nach Europa zu bringen, weil solche Transporte die Frucht nicht trügen, seien vorbei, heute wüßte Amerika, und nicht nur dieses, sondern auch Rußland, große Mengen Getreide nach Deutschland ab, denn die Frachten hätten sich im Laufe der Jahre stellenweise um mehr als das Fehnfache vermindert. Auf diese Weise kämen große Mengen ausländisches Getreide nach Deutschland hinein, sodas der Preis für inländisches Getreide georren werde. Deshalb auch, trotz sonstiger hoher Preise, die niedrigen Getreidepreise in Deutschland. Mit diesen Hand in Hand gingen niedrige Preise für die Landgüter. Heute zähle der Bund der Landwirte 275,000 Mitglieder, eine stattliche Anzahl, aber doch viel zu gering in Anbetracht der Gesamtzahl der Landwirte. Es müßte eben für die Organisation noch viel mehr geschehen. Wenn die Gegner sagten: So, nun habt Ihr Euren Zolltarif und was Ihr sonst gewünscht, nun könnt Ihr zufrieden sein, so sage er dem gegenüber, das Schlimme, was dem Bunde passieren könne, sei ein Aussehen auf seinen Vorderen, denn dann würde es nicht lange dauern, bis die alte Mähre wieder da sei. Nein, der Bund dürfe nicht ruhen und rasten und müsse danach trachten, seine Bestrebungen, die nicht nur dem Wohle der Landwirte gälten, sondern dem Wohle des Mittelstandes überhaupt, in die weitesten Kreise zu tragen. Heute erklärten sich der Reichsfanzler und der Staatssekretär Graf Posadowsky mit Ideen einverstanden, die der Bund seit seinem Bestehen vertreten habe, der Bund werde noch viele und harte Kämpfe zu bestehen bekommen, aber dadurch dürfe er sich nicht zurückzucken lassen, wie denn die Menschheit überhaupt sich in fortwährenden Kämpfen bewegen müsse, anderenfalls sie verfaulen würde. — Der Herr Vortragende kommt nun auf die Steuer-Projekte zu sprechen, die dem Reichstag z. B. vorliegen und läßt sie im einzelnen Revue passieren. Gegen die Zigaretten-Steuer hat er nichts einzuwenden, auch der Tabak könne mehr vertragen, ebenso das Bier. Es sei doch eine merkwürdige Erscheinung, daß in Bayern und Württemberg, die mehr als doppelt hohe Abgaben für Bier zahlen müßten, das Bier besser und billiger sei, als im Gebiet der norddeutschen Brauereier-Gemeinschaft, sodas man sagen könne: je höher die Biersteuer, desto besser das Bier. Gegen die Erbschaftssteuer unter Ehegatten und Kindern wendet Redner sich mit aller Schärfe, aber in teilweise humoristischer Form. Wenn ein entfernter Verwandter dem Sarge als Leidtragender folge und als „ladender Erbe“ zusammen abdriere, wie viel auf seinen Teil falle, so sei gegen eine derartige Besteuerung weiter nichts einzuwenden, anders beim Tode des Vaters oder der Mutter, der in den meisten Fällen ein Unglück für die Familie bedeute. Nicht nur, daß mit dem Todesfalle selbst erhebliche Unkosten verknüpft seien, solle sich nun auch noch der Steuerbeamte einstellen und sein spezifisches Viehdien in Form eines Steuerzettels ausbreiten. So etwas widerstrebe dem Gefühl gerade der ländlichen Bevölkerung, und wenn nun gar noch, um alle die Kosten zu bezahlen, ein Vater oder sonst ein Teil des Vermögens veräußert werden müßte, so rufe die Anforderung der Erbschaftsteuer bei den Beteiligten Erbitterung wach, und die wollten wir doch nicht großziehen. (Allseitige Zustimmung.) Wölle man sie den Vermögens anpassen. Zu begreifen sei die Wehrer, die meistentens einigermaßen einen Ausgleich schaffe zwischen Dienenden und Nicht-Dienenden. Die Schweiz habe mit einer derartigen Steuer ganz gute Erfahrungen gemacht, die aufkommenden Gelder könnten ja den Invaliden zugute kommen. Auf den Vorschlag, daß der Bund die Interessen der „Junter“ vertrete, brauche man weiter nicht einzugehen, der Bund zähle 275,000 Mitglieder, darunter noch nicht 7000 Junter. Für diese habe sich der Bund noch nicht anders eingestellt, derselbe gehe selbständig vor, wir Landwirte müßten uns vereinen und fest zusammenhalten. (Beifalles, anklingendes Bravo.)

Herr Hochheim dankt dem Redner und erzieht die Anwesenden, sich zu Ehren desselben von den Sitzen zu erheben. (Geschloß.)

Herr Schirmer entgegnet, der Heißte Dank sei ihm, wenn die Landwirte sich in den Dienst der Sache des Bundes stellten. Eine so geeignete Gegend wie die Kronung Sachse müsse für den Bund die Gardedementen stellen, das sei ihm der beste Dank. Herr Schirmer bedauert, daß die Großgumbesitzer sich vielfach vom Bunde fernhielten. Die Verhältnisse ließen für den Landwirt in Nord- und Süddeutschland in gleicher Weise zu wünschen übrig. Die Entvölkerung der kleineren Städte und Dörfer zu gunsten der Großstädte, der Wasserfälle, sei sehr bedauerlich. Mit Bezug auf Kanalbauten nehme er den Standpunkt ein, wie Dr. Gahn ihn im hannoverschen Provinzialparlament vertreten, daß nämlich in gleicher Weise wie für Wasserwege auch für Landwege gefordert werde durch Bau von Chaußeen und Kleinbahnen. (Allseitige Zustimmung.)

Herr v. Helldorff: Er danke zunächst für die Wiederwahl als Kreis-Vorsitzender. Erst vor wenigen Wochen habe er im nördlichen Saal, wie heute, sich über politische Dinge geäußert. Das Schul-Unterhaltungsgesetz werde seines Urachens mit einigen Abänderungen angenommen werden. Das Gesetz stehe in engem Zusammenhang mit der Landflucht. Die ländlichen Gemeinden vor den Toren der Industriestädte bekämen durch den Zuzug von Arbeitern so hohe Schullasten, daß sie sie nicht mehr zu ertragen vermöchten. Deshalb sollen Schulverbände gebildet werden, denen der Staat hinreichende Hand leisten müsse. Für eine bessere Behandlung der Lehrer sei er bereits kürzlich an dieser Stelle eingetreten. Die Simultanbildung sei in der Presse über Gebühr aufgebauscht worden. Man möge die Verhältnisse belassen, wie sie sind, d. h. diese Schulen da bestehen lassen, wo sie sich bewährt hätten. Was die Handelsverträge anbelange, so sei ihr Inkrafttreten mit Freuden zu begrüßen, die Landwirte dürften aber die Hände nummhie nicht in den Schoß legen, sondern müßten weiter arbeiten, und gerade, weil es oft Schwierigkeiten macke, die zeitrecht wohnenden Landwirte einer festen Organisation anzugliedern, müsse jeder das Seine tun, um dem Bunde neue Mitglieder zuzuführen. „Wir dürfen uns von der mit großen Anstrengungen eroberten Schanze nicht wieder verreiben lassen.“ Wir wollen nicht nur Pflichten übernehmen, sondern auch Rechte haben! Nach den jüngsten Auslassungen des Reichsfanzlers und des Staatssekretärs des Innern sind wir sogar regierungsfähig geworden, das müssen wir zu halten suchen. Die Hauptfrage für die Zukunft bildet die Erhaltung des Mittelstandes. Nachdem für den Arbeiterstand in den letzten 20 Jahren so viel geschehen, wird es Zeit, auch einmal an den Mittelstand zu denken. Der Bund der Landwirte läßt sich das vornehmlich angelegen sein und er ist bestrebt, die Interessen aller ihm Zugehörigen wahrzunehmen. (Bravo.) Nachdem Herr Dathe-Berlin zu recht eifrigem Vortrag angeeuhrt, wurde gegen 7 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland geschlossen.

Provinz und Umgegend.

* Halle, 28. Februar. Das hiesige Kornhaus, mit einem Kostenaufwand von 360,000 Mk. errichtet — zu dieser Summe gehören die Kosten des Bauerrains noch nicht — steht bekanntlich seit 1. Juli 1904 gänzlich leer, weil die Kornhausgenossenschaft welche mit großen Verlusten arbeitete, den abgelaufenen Pachtvertrag mit dem Staate nicht erneuert hat. Eine öffentliche Neuverpachtung auf 10 Jahre wurde nun von der hiesigen Eisenbahndirektion ausgeschrieben, und es stand zu diesem Behufe am Sonnabend ein Termin an. Da wurde aber von keinem der Anwesenden ein Gebot abgegeben. Auf die maßlose Einrichtung, welche extra versteigert werden sollte und ca. 150,000 Mark gekostet haben dürfte, wurden nur 15,200 Mk. geboten. Was nun aus dem stattlichen, fünf Etagen hohen Gebäude gemacht werden soll, bleibt der Zukunft vorbehalten. Zur Getreidelagerung scheint dieses Kornhaus wenig geeignet, weil es als völlig verbaut bezeichnet wird.

* Zitzschen, 1. März. Anlässlich des 25 jährigen Ortsjubiläums des Herrn Kantor Kizing wurde heute hier ihm zu Ehren seitens der Gemeinde ein feierlicher Aktus abgehalten. Gemeindefürsorge und Schulvorstand holten mit den Schulfürsindern den Jubilar mit seiner Familie von der Schule in den Gasthofsaal ab, wo er zunächst durch ein Lied des Gesangvereins begrüßt wurde. Sodann wurde unter Hofmannbegleitung: „Bis hierher hat mich Gott gebracht“ gesungen, und nun hielt der Pfarrer,



Anmerkfame
fachgemäße
Bedienungsz-
weise.

Zur Konfirmation

Kostenlose
Abänderung
aller Konfektions-
gegenstände.

Fertige Wäsche
Unterwäsche
Korsetts
Taschentücher
Schirme
Taschentücher
Strümpfe
Strumpfhalter
u. dergl.

empfehle ich
geschmackvolle Neuheiten
in schwarzen, weißen und farbigen reinwollenen
Kleiderstoffen

in überaus reichhaltiger Auswahl.
Passende Besätze und Schneiderei-Artikel in grossen Sortimenten.
Paletots, Jacketts, fertige Kleider, Kleiderröcke und Blusen
von einfacher bis feinsten Ausführung.

Preise wie immer allerbilligst, mit Ausgabe von Rabattmarken in bewährten Systemen.

Seidene Bänder
Sammetbänder
Gürtel
Schleifen
Handschuhe
Krawatten
Kragen
Manifetten
u. dergl.

Geschäftshaus Otto Jobkowitz,

480) Entenplan 3
für Konfektion, Modewaren und Aussteuer.

Merseburg. Markt 1920
für Teppiche, Bettstellen, Herren-Artikel.

Schulangelegenheit.

a. Die Aufnahme derjenigen, zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder, welche eine der hiesigen geborenen Sädt. Schulen besuchen sollen, findet im Konferenzzimmer der Mädchenschulen an folgenden Terminen statt:

1. Geborene Bürger-Knabenschule:

Donnerstag, den 8. März, morgens 10 Uhr;

2. Geborene Bürger-Mädchenschule:
Freitag, den 9. März, morgens 10 Uhr;

3. Höhere Mädchenschule:

Sonntag, den 10. März, morgens 10 Uhr.

Taufbescheinigung und Impfzeugnis sind vorzulegen; der betr. Aufnahmeschein kann zugleich in Empfang genommen werden.

b. Diejenigen Kinder, welche Ostern d. J. in eine der hiesigen geborenen Sädt. Schulen übergeben sollen, haben sich am

Montag, den 2. April cr., morgens 10 Uhr,

im Konferenzzimmer der Mädchenschulen

zur Prüfung und Aufnahme einzufinden und das letzte Schulzeugnis, sowie Schreibmaterialien mitzubringen. — Auswärtige Kinder müssen noch eine Taufbescheinigung vorlegen.

c. Das neue Schuljahr beginnt am Dienstag, den 3. April. Die Neulinge sind am Nachmittage dieses Tages (2 Uhr) den bez. Klassen zuzuführen.

Merseburg, den 1. März 1906.

Der Direktor: Schulze.

Ia. Saathafer,

hoch keimfähig und ertragreich. offerieren billigst

W. Seewald & Co.,

früher: J. G. Stichel.

Maschinenfabrik E. Rosch, Merseburg

empfecht:

Rud. Sack's Universal-Mehrschar- u. Untergrund-Pflüge, Patent Bippart, Ertraptor, Grubber, leichte u. schwere Eggen, Drillmaschinen, Sackmaschinen etc. Ferner Futter- u. Häckselmaschinen, Zuckerpumpen unzerbrechlich, Centrifugen vollkommenstes System, eiserne dreiteil. Glatts u. Cambridge-Walzen, Ackerschleppen etc.

Kartoffel-Schnelldämpf-Apparate,
eingemauert oder auf Eisenfüße, jeden Landwirt schätzt das Einzeldämpf seiner Kartoffel-Vorräte vor Schaden durch Krankheit und Fäulnis. Alle Reparaturen u. Umdänderungen an Mähmaschinen erhalte rechtzeitig und halte alle Ersatzteile zu landwirtschaftlichen Maschinen am Lager.

300 Tassen Kaffee

ergibt 1 Tafel von 50 Würfeln unseres Kaffeezusatzes, wenn gemischt mit Bohnenkaffee; jede Tafel kostet nur 10 Pfg.

Der Kaffee bleibt dabei ein für Jedermann bekömmliches würziges, vollschmeckendes Getränk von satter Färbung.

Unsere Erzeugnisse in Paketen und Büchsen sind von gleicher Güte.

Dommerich & Co., Anker-Cichorien-Fabrik, MAGDEBURG-BUCKAU.

Königsberger Geldlotterie.

Ziehung schon 10. März.

Loose à 3 Mk. bei

Louis Zehender,

Burgstr. 20.

„Neu Rohr“

vorzögl. Mittel zum Neu-Anstrich für alte Stuhlrohre empfiecht

Adler-Drogerie

W.H. Kieslich.

470) Inhaber: Kurt Atzel.



Dr. Thompson's Seifenpulver
Marke Schwan
ist das beste.
Zu haben in allen besseren Geschäften.



PALMIN
Feinste Pflanzenbutter zum Kochen, Braten und Backen

Apollo-Theater
Direktion: Gustav Poller.
Salle a. E.
Gastspiel des Original-
Kölner Volks-Theaters
Zum ersten Male in Halle!
Ca. 60 Personen!
Glänz. Ausstattung! Novität!

„Japan's Frauen-Paradies“
oder:
„Tinnus auf Liebesinsel.“
Gr. Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Bildern.
1. Bild: Cöln am Rhein.
2. u. 3. Bild: Japan auf der Insel Ozefferien.
Im 3. Bilde: Gr. Ballett-Divertissement.
Sonntag, den 4. März:
— 2 Vorstellungen —
Nachmittags 4 u. abends 8 Uhr.

Gasthof-Versteigerung.
Der dem Gastwirt Heuschke gehörige Gasthof, Georgstraße 3, mit Stallungen, Wirtschaftszubehör, Kegelbahn u. Konjert-Garten, soll
Donnerstag, den 5. April 1906, vormittags 11 Uhr
an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verkauft werden.
Die überaus günstigen Bedingungen können auch vor dem Termine in meinem Bureau eingesehen werden.
Merseburg, den 12. Februar 1906.
Fried. H. Kunth.

Verein für Handlungs-Commis 1858.
(Kaufmännischer Verein in Hamburg. Kostenfreie Stellenvermittlung für Principale und Gehilfen. bis Ende Januar 114.000 Stellen besetzt. Vereinsorgan „Der Handelsstand“. Pension-, Lebens- und Kranken-Versicherung. — Spar- und Darlehens- sowie Unterhaltungs-Kasse. — Gemüthung von Hochschula- und Hochschülerlehreung. Eintreten für die Standesinteressen der Handlungs-Gehilfen. 75.000 Mitglieder. 321)

Die Mitgliederbücher werden in der Zeit vom 5. bis 17. März cr. ausgegeben. 467
Gleichzeitig erfolgt die **Auszahlung** der auf 6% festgesetzten **Dividende** für vollbezahlte Anteile und Auszahlung der **Guthaben** ausgeschiedener Genossen.
Für nicht vollbezahlte Anteile sind in derselben Zeit die Beiträge zu erhöhen.
Merseburg, den 2. März 1906
Vorschuss-Verein zu Merseburg,
Eing. Genossensch. u. beich. Haftpflicht.
F. G. Ditt. E. Hartmann, H. Deyne.

Preussischer Beamtenverein.
Haupt-Verammlung gemäß § 15 der Statuten:
Montag, den 12. März, abds. 8 Uhr, im Zivoli, Zimmer Nr. 1.
Tagesordnung:
1. Mitteilungen;
2. Rechnungslegung;
3. Festsetzung des Mitgliederbeitrages;
4. Wahl der Vorstandmitglieder.
Der Vorstand.

Kunst-Verein zu Merseburg.
Die Kunstausstellung im Schloßgärten-Salon wird am Sonntag, d. 4. d. Mts., von 3 bis 5 Uhr, ohne Eintrittsgeld, geöffnet. Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
460) Der Vorstand.

Otto Bretschneider,
Eisenwarenhdlg., kl. Ritterstr.
empfecht
Kinder-Sport- und Leiterwagen
mit und ohne Verdeck, in großer Auswahl u. reizenden Mustern.
Es ist eine ausgesprochene Tatsache, daß heute der Gine der Kinder durch Leistungseffekte häufig zu überflüssigen verläßt. 34-fache Sportwagen hier am Plage am längsten, und bleiben die ältesten Geschäfte bekanntlich immer die solidesten. Neuester berechneter Preis kann jeder Käufer sich selbst bei mir ablesen, und gebe ich auf diesen Artikel bei Vorzahlung **5 Prozent Rabatt,** welcher sofort vom Kaufpreise abgezogen wird. 461

Jeder Radfahrer,
der i. h. sein Fahrrad in Stand setzen will, kauft seine E. Tag- u. Zubehörteile am billigsten im
Spezialgeschäft für Fahrrad-Zubehörteile von Otto Bretschneider,
Eisenwarenhdlg., kl. Ritterstr.
Fahrrad-Glocken von 25 Pfg. an.
Flügel-Pedale v. Mk. 3.— an p. Paar.
Luftschläuche, Ia., v. Mk. 3.50 an.
Laufketten, Ia., v. Mk. 5.50 an, mit Garantie;
ohne Garantie Mk. 3.— u. 4.—.
Acetylenlaternen v. Mk. 1.40 an.
Oel-Laternen von Mk. 1.40 an.
Calcium-Carbid äußerst billig. (462)

Beilage zu Nr. 53 des „Merseburger Kreisblatts“.

Sonntag, den 4. März 1906.

Nachstehendes

Ortsstatut

betreffend die kaufmännische

Fortbildungsschule in Merseburg:

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbe-Ordnung für das deutsche Reich in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 871 flg.) wird nach Anhörung beteiligter Gewerbetreibender und kaufmännischer Angestellter und unter Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung für den Gemeindebezirk Merseburg-Nachsteheendes festgesetzt.

§ 1.

Alle im Gemeindebezirk Merseburg nicht bloß vorübergehend beschäftigten Handlungsgehilfen und Lehrlinge sind verpflichtet, die hier selbst zu errichtende öffentliche kaufmännische Fortbildungsschule an den vom Vorstand dieser Schule festzusetzenden und vom Magistrat bekannt zu machenden Tagen und Stunden zu besuchen und an dem Unterricht teilzunehmen.

Die Schulpflicht endet mit dem Schlusse des Schulhalbjahres, in welchem die Schüler das 17. Lebensjahr vollenden.

§ 2.

Befreit von dieser Verpflichtung sind solche Handlungsgehilfen und Lehrlinge, die dem Schulvorstand den Nachweis führen, daß sie diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Ziel der Anstalt bildet, oder die eine Innungs- oder eine andere Fortbildungs- oder Fachschule besuchen, deren Unterricht von dem Regierungs-Präsidenten als ausreichender Ersatz des Unterrichts in der öffentlichen kaufmännischen Fortbildungsschule anerkannt ist.

§ 3.

Handlungsgehilfen und Lehrlinge, die nicht nach diesem Statut zum Schulbesuch verpflichtet sind, können auf ihren Wunsch zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden. Sie haben ein Schulgeld von halb-

jährlich 10 Mark zu entrichten. Ueber die Zulassung solcher Schüler entscheidet der Schulvorstand.

§ 4.

Die Arbeitgeber haben für jeden ihrer zum Schulbesuch verpflichteten Handlungsgehilfen und Lehrlinge zu den Kosten der Schulunterhaltung einen Beitrag von halbjährlich 10 Mark im Voraus an die Kassenkasse zu entrichten. Die Vetrreibung dieses Beitrages erfolgt eventl. im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 5.

Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Sicherung der Ordnung in der Fortbildungsschule und eines gebührenden Verhaltens der Schüler werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Handlungsgehilfen und Lehrlinge müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen sie ohne eine nach dem Ermessen des Schulvorstandes ausreichende Entschuldigung nicht ganz oder zum Teil versäumen.
2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Kennmittel in den Unterricht mitbringen.
3. Sie haben die Bestimmungen der für die Fortbildungsschule erlassenen Schulordnung zu befolgen.
4. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Verhalten stören und die Schulgerätschaften und Behältnisse nicht verderben oder beschädigen.
5. Sie haben sich auf dem Wege zur Schule und von der Schule jedes Unfugs und Lärmens zu enthalten.

Zu widerhandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (Reichs-Gesetz-Blatt Seite 871) mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft, sofern nicht

nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verurteilt ist.

§ 6.

Eltern und Vormünder dürfen ihre zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne oder Mündel nicht davon abhalten. Sie haben ihnen vielmehr die dazu erforderliche Zeit zu gewähren.

§ 7.

Die Arbeitgeber haben jeden von ihnen beschäftigten im fortbildungsschulpflichtigen Alter stehenden Handlungsgehilfen und Lehrling spätestens am 6. Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Fortbildungsschule beim Leiter derselben anzumelden und spätestens am 3. Tage nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und, soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

§ 8.

Die Arbeitgeber haben einen von ihnen beschäftigten Handlungsgehilfen oder Lehrling, der durch Krankheit am Besuche des Unterrichts gehindert gewesen ist, bei dem nächsten Besuche der Fortbildungsschule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben. Wenn sie wünschen, daß ein Handlungsgehilfe oder Lehrling aus dringenden Gründen vom Besuche des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit entbunden werde, so haben sie dies dem Leiter der Schule so zeitig zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

§ 9.

Eltern und Vormünder, die dem § 6 entgegenhandeln und Arbeitgeber, welche die im § 7 vorgeschriebenen An- und Abmeldungen überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig machen, oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Handlungsgehilfen und Lehrlinge ohne Erlaubnis aus irgend einem Grunde

veranlassen, den Unterricht ganz oder teilweise zu versäumen, oder ihnen die im § 8 vorgeschriebene Bescheinigung dann nicht mitgeben, wenn der Schulpflichtige krankheitshalber die Schule veräumt hat, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbe-Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

§ 10.

Die kaufmännische Fortbildungsschule wird unter der Aufsicht des Magistrats von einem Schulvorstand verwaltet, der aus 2 Magistrats-Mitgliedern, die der Bürgermeister ernannt, aus 2 Stadtverordneten und 2 hiesigen Kaufleuten, die die Stadtverordneten-Versammlung auf je 2 Jahre wählt und dem Leiter der Schule besteht. Der Schulvorstand hat die Stellung einer städtischen Verwaltungs-Deputation.

§ 11.

Dies Ortsstatut tritt am 1. April 1906 in Kraft mit der Maßgabe, daß die vor dem 1. Januar 1905 aus der Schule entlassenen Handlungsgehilfen und Lehrlinge von der Verpflichtung zum Besuche der kaufmännischen Fortbildungsschule befreit bleiben.

Merseburg, den 13. Oktober 1905.

(L. S.) Der Magistrat. (252)

Reinefart.

Vorstehendes Ortsstatut wird genehmigt.

Merseburg, den 3. Januar 1906.

(L. S.) Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende.

J. W.

B. A. 7780. Klingholz.

bringen wir hiermit zur Kenntnis mit dem Bemerkten, daß der Lehrer Herr Grempler der Leiter der kaufmännischen Fortbildungsschule sein wird.

Merseburg, den 2. Februar 1906.

Der Magistrat.

Dunkle Lebenswege.

Roman von E. Eisen.

(44. Fortsetzung.)

Er sah in seinem Arbeitszimmer und blätterte in einem Stoß Akten, als ihm ein Schreiber den Bankier Cohn und den Freiherrn von Leo meldete.

„Ich erwarte die Herren.“ Seine Stimme hatte einen schrillen und doch dumpfen Klang, als töne sie aus weiter Ferne.

Gleich nachdem der Schreiber verschwunden war, traten die beiden ein.

„Sehr willkommen — herzlich willkommen, meine verehrten Herren!“ begrüßte der Rechtsanwalt sie, indem er ihnen entgegentrat und die dargebotene Hand des Bankiers schüttelte. Mit einem lauernden Blicke auf dessen Begleiter fuhr er fort: „Wahrscheinlich Freiherr von Leo, von dem Sie mir erzählten, Herr Bankier?“

„Ich habe die Ehre“, entgegnete der Freiherr schnell, indem er seinerseits die Hand des Rechtsanwalts ergriff und drückte.

„Bitte, nehmen Sie Platz!“ sagte dieser höflich und rückte zwei Stühle näher. „Wie ich glaube, sieht Sie eine diskrete Angelegenheit zu mir. Freie ich nicht?“

„Allerdings — die bewußte diskrete Angelegenheit, worüber ich neulich mit Ihnen sprach, Herr Doktor“, entgegnete der Bankier. „Sie wissen, es betrifft die Verheiratung meines jungen Freundes mit meiner lebenswürdigen Nichte Sarah Stein. Haben Sie das Schriftstück ausgefertigt?“

„Es harret der Unterschrift, meine Herren“, erklärte der Rechtsanwalt. „Ich hoffe, gegen die Form werden Sie nichts einzuwenden haben. Erlauben Sie, daß ich Ihnen die Urkunde vorlese!“

Der Rechtsanwalt verlas eine mit juristischer Spitzfindigkeit verfaßte Schuldurkunde, wonach der Freiherr von Leo dem Bankier nach und nach die Summe von zwei Millionen schuldig geworden sein sollte. Dem Bankier wurde ferner Deckung dieser Summe aus dem unter seiner Vormundschaftlichen

Verwaltung stehenden Vermögen des Fräuleins Sarah Stein, der Braut des Freiherrn von Leo, zugesichert, und zwar mit Verfallzeit am Hochzeitstage der Beiden.

Als der Rechtsanwalt die Verlesung beendet hatte, tauschte er schnell einen verständnisvollen Blick mit dem Bankier. Dieser nickte unmerklich mit dem Haupte. Dem Freiherrn entging dieses flüchtige und doch so bedeutsame Mienenspiel der Beiden.

„Sind die Herren mit Inhalt und Form der Schuldurkunde einverstanden?“ fragte der Rechtsanwalt geschäftsmäßig.

„Ich bin damit zufrieden“, erklärte der Bankier.

„Und Sie, Herr von Leo?“

Der Freiherr sah nachdenklich da — jetzt erhob er das Haupt und blickte den Rechtsanwalt forschend an.

„Wer bürgt mir dafür“, sagte er langsam, „daß diese Urkunde nicht auch dann geltend gemacht wird, wenn aus meiner beabsichtigten Verheiratung mit Fräulein Stein nichts werden sollte?“

„Meine Ehre!“ beteuerte der Bankier und legte die Hand aufs Herz. „Zudem ist dies Gefahr ja vollständig ausgeschlossen —“

„Das finde ich eben nicht“, fuhr der Freiherr mit nachdrücklichem Tone fort. „Sie erlauben wohl, daß ich in einer solchen Angelegenheit nicht mit einem Ding wie der Ehre, einem wertlosen Nichts, rechne.“

„Das schmeckt ja beinahe wie Beleidigung“, brummte der Bankier und rückte ärgerlich den Stuhl ein wenig zur Seite.

„Mein lieber Freiherr“, nahm jetzt der Rechtsanwalt mit überlegenem Lächeln das Wort. „Ihre Bedenken entbehrt jeden Grundes. Merken Sie auf, hier steht: Schuldigsein über eine Forderung von zwei Millionen Mark — Verfallzeit am Hochzeitstage des Fräuleins Stein mit dem Freiherrn von Leo. — Wollte der Herr Bankier von dieser Urkunde auch in dem Falle, daß die geplante Verbindung nicht zu Stande kommen sollte, Gebrauch machen, so hätte er doch zunächst den Nachweis zu führen, wie Sie ihm jene Summe schuldig geworden seien. Diesen Nachweis könnte er

aber auf keinen Fall führen. Fassen Sie ferner den Sinn der Formel: Verfallzeit am Hochzeitstage! vollkommen! Das heißt mit anderen Worten: Nur dann, wenn die näher bezeichnete Hochzeit eintritt, ist die Summe fällig, im anderen Falle nie! — Verstehen Sie, mein Herr?“

Der Freiherr nickte gedankenvoll mit dem Haupte.

„Sie haben mich mit Ihrer Erklärung unruhig gemacht, Herr Doktor“, sagte der Bankier. „Nachträglich steigt in mir auch ein Bedenken auf. Wie? wenn mich der Freiherr am Hochzeitstage veranlassen sollte, den Nachweis der Rechtmäßigkeit der Forderung zu führen? Das — ich gestehe es offen — ist ein Ding der Unmöglichkeit. Als Heiratsvermittler kann ich mich doch nicht ausspielen und auch dann wäre ein so hohes Honorar rechtlich nicht eintreibbar.“

„Ihr Bedenken wiegt schwer“, gestand der Rechtsanwalt zu. „Die ganze Angelegenheit ist eine Vertrauenssache, die Urkunde nur das formale Kleid dazu. Eine andere Form gibt es nicht, Herr Bankier, Sie einigermassen sicher zu stellen. Ich rate Ihnen, vertrauen Sie dem Freiherrn rückhaltlos. Wer in so nahe Beziehung zu Ihnen treten will, kann Sie nicht täuschen wollen. Entschließen Sie sich, meine Herren!“

„Ich werde Sie nicht täuschen, Herr Bankier“, ließ sich jetzt der Freiherr vernehmen. „Ich sehe ein, daß mein Bedenken grundlos war. Ich bin bereit zu unterzeichnen.“

„Gut — es sei!“ sagte der Bankier mit einem erheuchelten schweren Seufzer. Nur schlecht verhehlten die buschigen Brauen das triumphierende Aufleuchten seiner listigen Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Zeitgemäße Betrachtungen.

„Die Anwartsarte.“

Sie kam und hielt sich lange Zeit, — doch wird sie bald entschwinden, — man wird sie schließlich weit und breit — nur noch vereinzelt finden. — Ihr fragt warum? — O fragt nicht — es kann ja nicht so bleiben!

— Denn werden soll zur Steuerpflicht — das Anwartsarten - Schreiben! — Die Reichstags - Steuer - Kommission — ist zum Beschluß gekommen — und hat die Anwartsarten - Karte schon — sehr scharf auf's Korn genommen. — Man meint, wo viel geschrieben wird — an Grüßen aus der Ferne, — trägt man (ob man sich da nicht irrt?) — auch eine Steuer gerne! — Schön ist es, wenn der Reichsfinanz — ein Goldstrom fließt, ein neuer — und wenn die Kasse neuen Glanz — bekommt durch neue Steuer! — Drum wird die Anwartsarten - Karte schon — ein Opfer bringen müssen — das meint die Steuer - Kommission, und die muß es doch wissen! — Beschlüsse fäht man oft sehr glatt, — Ausführung macht Beschwerden, und außerdem — zwei Seiten hat — meist jedes Ding auf Erden — und eine Schattenseite ist — vorhanden, die man meist vergißt — wird teurer uns das Grüßen, — wer hat es denn zu hüßen? — Die Anwartsarten - Postle — wird mehr und mehr entschwinden, — die Anwartsarten - Industrie — nur wenig Absatz finden! — denn wird versteuert hier zu Land — uns nach das Grüßen - Schreiben legt man die Feder aus der Hand — und läßt es eben bleiben! — Wenn man die neue Steuer bringt — wem kommt sie denn zu flatten? — In diesem Fall giebt's unbedingt — gleichmäßig Licht und Schatten, — denn was dem Reich hier einerseits — die Steuer bringt an Haben, — wird durch die Post es andererseits — dann wieder Ausfall haben! — Geschrieben wurden unbestirt — Millionen Anwartsarten, — was später noch geschrieben wird — bleibt eben abzuwarten! — Und sagt die Reichstags - Mehrheit „ja“ — zum Kommissions - Beschluß, — dann ist die neue Steuer da — zu manchen Mann's Verdrusse! — O Anwartsartenherrlichkeit — dann wirst du bald entschwinden — dein letztes Stück wird mit der Zeit — Platz im Museum finden! — Wenn jemand eine Kette tut — dann müßt er sich nicht weiter — Grüßen in die Ferne — mit dem Hut — und spart sein Geld! —

Ernst Feiler.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Feine. — Druck und Verlag von Rudolf Feine in Merseburg.